

Eine Gefahr fürs Urlaubs-Idyll?

Geplante Erdölförderung erhitzt weiterhin die Gemüter – RWE Dea sagt bessere Informationspolitik zu

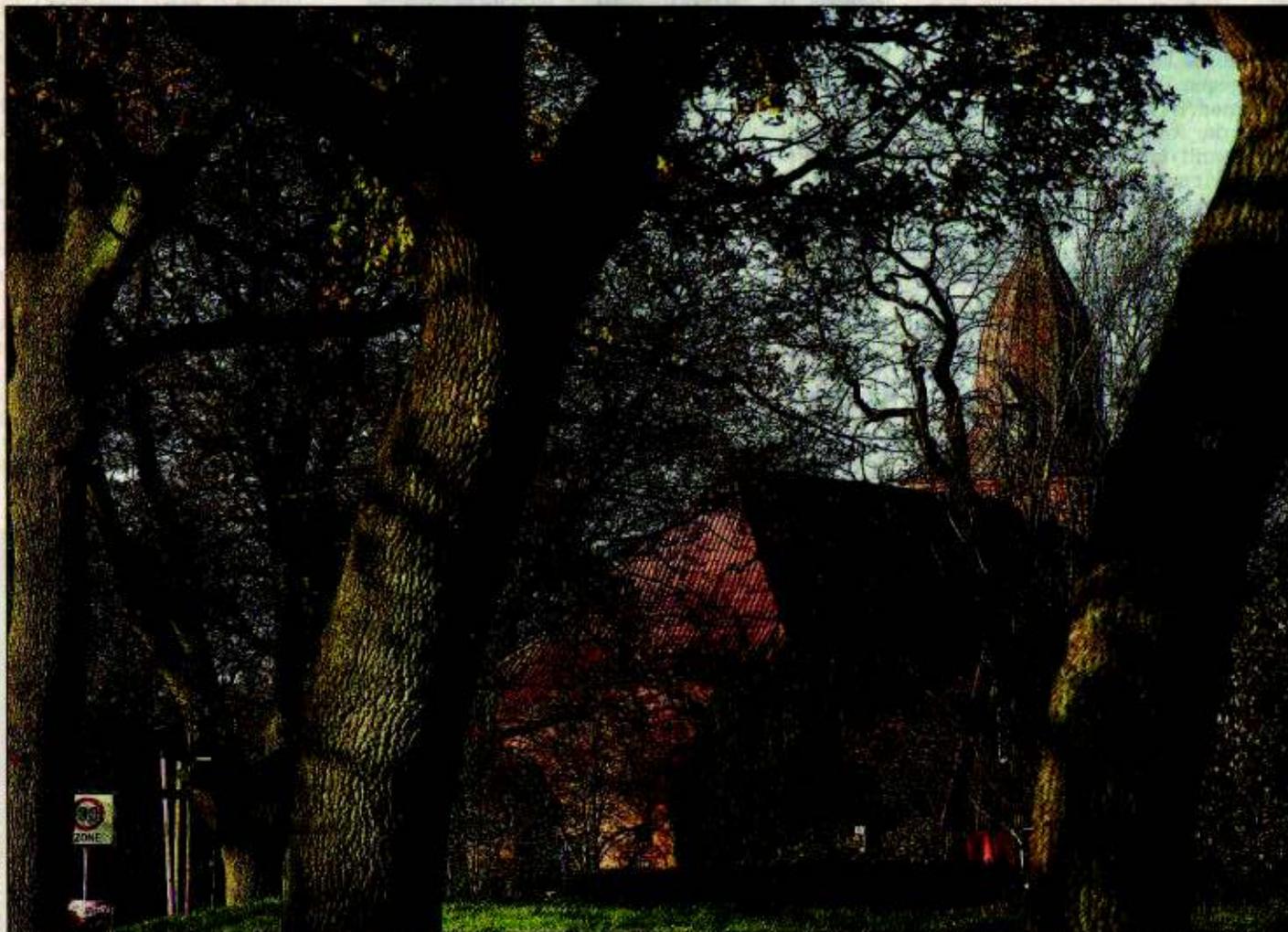


Schwedeneck – eine Gemeinde, die vom Tourismus lebt.

Schwedeneck. Gegenwind am Donnerstagabend für RWE Dea bei der Einwohnerversammlung in Schwedeneck: 60 Bürger im übervollen Gasthausraum in Surendorf machten ihrem Misstrauen gegenüber erneuten Ölförderplänen Schwedeneck See des Hamburger Konzerns Luft.

Von Cornelia Müller

Die Luft ist dick, bevor die Veranstaltung mit den RWE-Vertretern Heiko Oppermann und Derek Mösche beginnt. Was zunächst an der Enge liegt: Der Nebenraum hinter der Gaststube ist viel zu klein für all diese besorgten Bürger aus Schwedeneck, aber auch aus Dänischenhagen und Altenholz. Stühle werden herbeigeschleppt aus dem Saal, dessen Tür trotz der Enge geschlossen bleiben soll.



„Hier ist die Welt noch in Ordnung“, finden Urlauber und Tagesgäste. Kritiker der Ölförderung befürchten, dass der Tourismus leiden könnte – wie zum Beispiel hier in Krusendorf. Fotos C. Müller

meinde auf den Punkt, die vom Tourismus lebt, mit intakter Natur wirbt und auf Windkraftanlagen auf ihrem

Oppermann und Mösche, die vor Monaten bei einer Infoveranstaltung in Gettorf mit der Konzept „Pipeline von

Träger öffentlicher Belange eingebunden sind. Wir prüfen erst, ob die Förderung von geschätzten 400 000 Tonnen

len Horizontalbohrung von Land aus sind noch nicht ermittelt. Wo ein Bohrturm für kurze Zeit stehen werde, und

Doch viele der Gäste mögen es weiter nicht glauben. Auch daran, dass Touristen nicht beeinträchtigt würden und

KOMMENTAR



Von Cornelia Müller

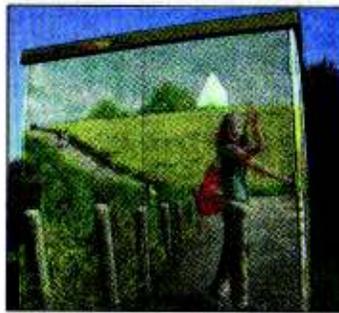
Veraltet

Es gibt überhaupt nichts Neues zum Thema Ölförderung in der Eckernförder Bucht. Die Fakten sind mehrfach ausgelotet. Das Unbehagen der Bürger, die an der Küste vor dem Feld Schwedeneck wohnen, ist unverändert.

Es wird RWE Dea kaum gelingen, zum jetzigen Zeitpunkt Bedenken auszuräumen. Viel zu diffus bleiben die Aussagen, nicht zuletzt aufgrund der extrem unbefriedigenden Situation, die das Bergrecht hergibt. Der erklärten Zielvorstellung Energiewende trägt es nicht Rechnung, denn auch die Ausbeutung fossiler Bodenschätze passt nicht mehr zu dem, was zusätzlich zum Atomausstieg politisch beabsichtigt ist.

Daran ändert auch das brandneue, noch nicht überprüfte Gutachten zu den Erkundungsbescheiden für die Erdölförderung zunächst nichts.

Bleibt da nur der Frust? Nein. Es ist notwendig und sinnvoll, auch lokal deutlich zu machen: Ein Großteil der Bürger will nicht mehr, dass in überholte Formen der Energieerzeugung investiert wird.



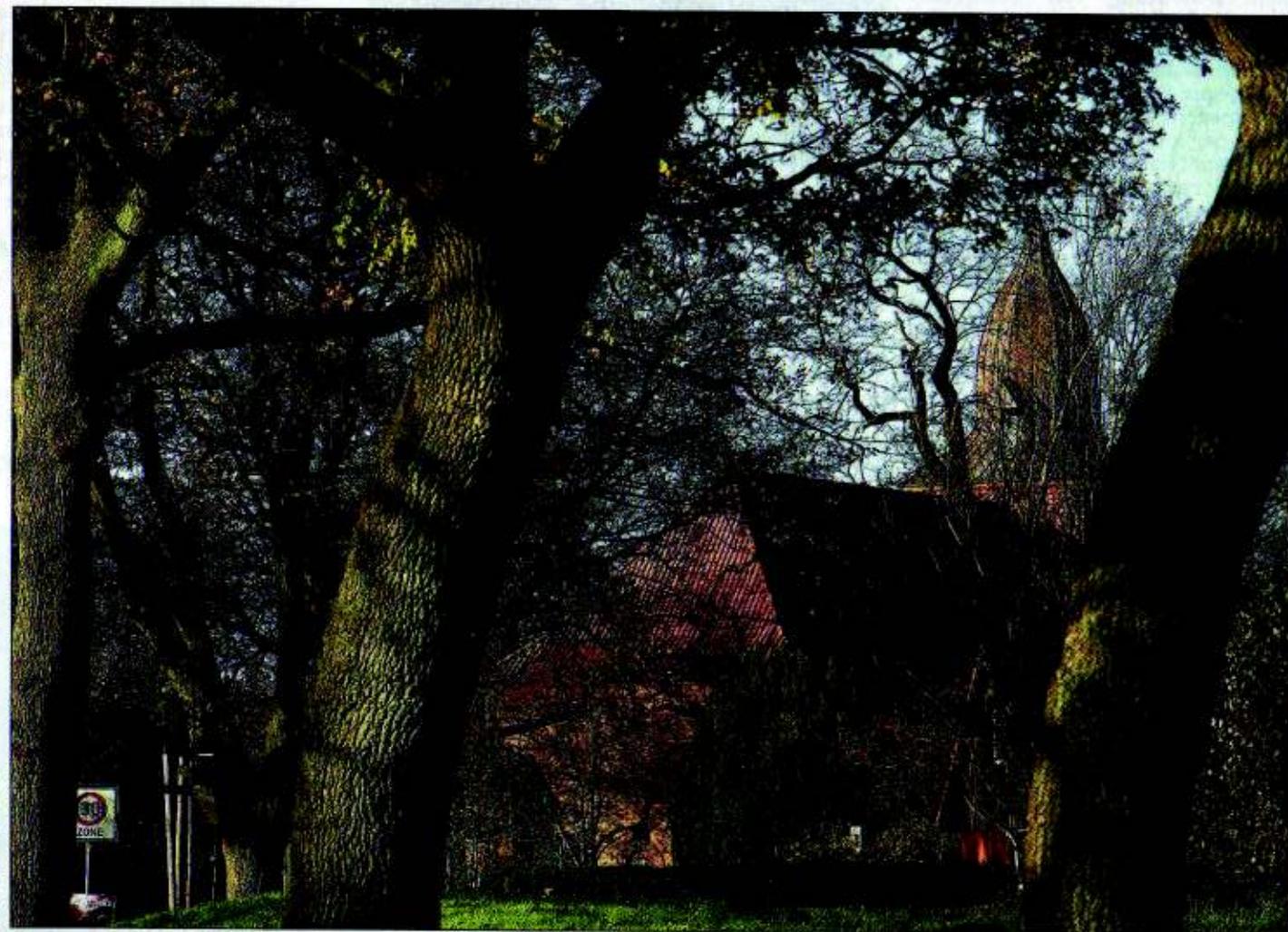
Schwedeneck – eine Gemeinde, die vom Tourismus lebt.

Schwedeneck. Gegenwind am Donnerstagabend für RWE Dea bei der Einwohnerversammlung in Schwedeneck: 60 Bürger im übervollen Gasthausraum in Surendorf machten ihrem Misstrauen gegenüber erneuten Ölförderplänen Schwedeneck See des Hamburger Konzerns Luft.

Von Cornelia Müller

Die Luft ist dick, bevor die Veranstaltung mit den RWE-Vertretern Heiko Oppermann und Derek Mösche beginnt. Was zunächst an der Enge liegt: Der Nebenraum hinter der Gaststube ist viel zu klein für all diese besorgten Bürger aus Schwedeneck, aber auch aus Dänischenhagen und Altenholz. Stühle werden herbeigeschleppt aus dem Saal, dessen Tür trotz der Enge geschlossen bleiben soll.

Bürgermeister Gustav Otto Jonas (SPD) hat eingeladen und wohl nicht mit so großer Beteiligung gerechnet. „Ich bin aber froh, dass Sie alle gekommen sind“, wird er später bekennen. RWE Dea hat vorab einen Brief der Kommunalpolitiker von SPD, CDU und UBS bekommen. Der bringt die Sorgen einer Ge-



„Hier ist die Welt noch in Ordnung“, finden Urlauber und Tagesgäste. Kritiker der Ölförderung befürchten, dass der Tourismus leiden könnte – wie zum Beispiel hier in Krusendorf. Fotos C. Müller

meinde auf den Punkt, die vom Tourismus lebt, mit intakter Natur wirbt und auf Windkraftanlagen auf ihrem Gebiet stolz ist: Die Bürger seien verunsichert. Es gehe neben Klarheit auch darum, einen akzeptablen Interessenausgleich zwischen Gemeinde, Bürgern und RWE Dea zu finden, heißt es da unter anderem. Für das Energiewendeministerium in Kiel hält Olaf Nalenz aus dem Referat Energiepolitik die Stellung.

Oppermann und Mösche, die vor Monaten bei einer Infoveranstaltung in Gettorf mit der Konzept „Pipeline von Schwedeneck nach Gettorf“ einen landesweiten Sturm der Entrüstung auslösten, behalten die Ruhe. „Ich bin unbedacht vorgeprescht. Doch das war nur eine Idee“, räumt Projektleiter Oppermann ein. „Wir befinden uns noch Jahre entfernt von Betriebsplänen, an deren Genehmigung Ämter und Gemeinden mittelbar als

Träger öffentlicher Belange eingebunden sind. Wir prüfen erst, ob die Förderung von geschätzten 400 000 Tonnen Restöls unter dem Grund der Bucht überhaupt lohnt. Und wenn, dann wollen wir Ihre Akzeptanz.“

Über 300 Millionen Euro ist die genannte Ölmenge wert. Dennoch ist sie im Vergleich zum bundesdeutschen Ölverbrauch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Und die Kosten der anspruchsvol-

len Horizontalbohrung von Land aus sind noch nicht ermittelt. Wo ein Bohrturm für kurze Zeit stehen werde, und wo für mehrere Jahre das Betriebsgelände sei, das alles wolle man mit den Bürgern vorher ausloten.

Bekannte Fakten werden erläutert. Nalenz macht klar, dass auch der grüne Minister Robert Habeck nicht am Bergrecht vorbeikommt. Fracking sei ausgeschlossen, legen die Dea-Vertreter dar.

Doch viele der Gäste mögen es weiter nicht glauben. Auch daran, dass Touristen nicht beeinträchtigt würden und Arbeitsplätze in nennenswerter Zahl entstünden, zweifeln etliche. Mit einem ungenuten Gefühl verlässt mancher nach zweieinhalb Stunden den Gasthof.

Gleichwohl gibt es ein Ergebnis: RWE sagt zu, künftig in kurzen Abständen über den Stand der Dinge vor Ort zu informieren.

Es gibt überhaupt nichts Neues zum Thema Ölförderung in der Eckernförder Bucht. Die Fakten sind mehrfach ausgelotet. Das Unbehagen der Bürger, die an der Küste vor dem Feld Schwedeneck wohnen, ist unverändert.

Es wird RWE Dea kaum gelingen, zum jetzigen Zeitpunkt Bedenken auszuräumen. Viel zu diffus bleiben die Aussagen, nicht zuletzt aufgrund der extrem unbefriedigenden Situation, die das Bergrecht hergibt. Der erklärten Zielvorstellung Energiewende trägt es nicht Rechnung, denn auch die Ausbeutung fossiler Bodenschätze passt nicht mehr zu dem, was zusätzlich zum Atomausstieg politisch beabsichtigt ist.

Daran ändert auch das brandneue, noch nicht überprüfte Gutachten zu den Erkundungsbescheiden für die Erdölförderung zunächst nichts.

Bleibt da nur der Frust? Nein. Es ist notwendig und sinnvoll, auch lokal deutlich zu machen: Ein Großteil der Bürger will nicht mehr, dass in überholte Formen der Energieerzeugung investiert wird.